

Erwarteter Bezug von Grundsicherung im Alter: Verhaltensunterschiede und Fehleinschätzungen

Von Bettina Lamla und Martin Gasche

Abstract

Means testing of social security helps with targeting benefits to those in need. However, it might also discourage individual savings and work effort. In Germany, social security in the old age, so called “Grundsicherung im Alter”, is means-tested. We find that 38% of German households believe that they are very likely to be dependent on “Grundsicherung im Alter” in the future. Those households differ in their socio-economic characteristics, savings and labour market behaviour from households who do not expect to be dependent on this particular programme. Our analysis suggests that half of the households expecting to receive “Grundsicherung im Alter” misjudge their eligibility as they have already accumulated enough public pension rights today to place them above the threshold of the means test. Differences between the two groups exist with respect to their knowledge about the pension system as well as the degree of pessimism that might favour wrong expectations.

Zusammenfassung

Ergebnisse aus der repräsentativen SAVE-Studie zeigen, dass 38% der Haushalte in Deutschland mit einer hohen Wahrscheinlichkeit glauben, im Alter auf Grundsicherungsleistungen angewiesen zu sein. Anhand der Daten können wir zeigen, dass Haushalte, die Grundsicherung erwarten, sich in ihren sozio-ökonomischen Merkmalen signifikant von der Gruppe unterscheiden, die keine Grundsicherung erwartet, sowie ein anderes Spar- und Arbeitsmarktverhalten an den Tag legen. Bei der Grundsicherungserwartung unterliegt aber ein Großteil dieser Haushalte einer Fehleinschätzung, weil sie heute schon Rentenansprüche aus der gesetzlichen Rente über dem Grundsicherungsniveau haben. Fehleinschätzungen bergen die Gefahr, dass zu wenig für das Alter vorgesorgt wird. Gründe für diese Fehleinschätzungen können geringes (Finanz)Wissen und Pessimismus sein. Tatsächlich zeigt sich, dass die Gruppe, die Grundsicherung erwartet, ein geringeres Wissen aufweist und pessimistischer ist.

JEL Classification: J14, H5

Received: Jan 9, 2013

Accepted: Mar 11, 2014

1. Einleitung

Derzeit ist in Deutschland das Armutsrisiko (weniger als 60% des Medianeinkommens) für Rentner nicht größer als für andere Bevölkerungsgruppen (Statistisches Bundesamt, 2012). Nur rund 2,7% der Menschen im Alter von über 65 Jahren sind auf Grundsicherungsleistungen angewiesen (Statistisches Bundesamt, 2013). Gleichwohl wird seit längerem vor einer Zunahme der Altersarmut gewarnt. Als Gründe hierfür werden genannt: die Rentenreformen der letzten Jahre, die zu einem sinkenden Rentenniveau führen, längere Zeiten der Arbeitslosigkeit und der geringfügigen Beschäftigung in den Erwerbsbiographien, eine Zunahme des Anteils der niedrig entlohnnten Beschäftigten und neue Erwerbsformen wie die sogenannte Soloselbstständigkeit (Börsch-Supan et al., 2013). Zur Frage, in welchem Ausmaß die Altersarmut in Zukunft tatsächlich zunehmen könnte, gibt es derzeit noch wenig belastbare Evidenz.¹

Bisher unbeachtet geblieben ist die Frage, ob deutsche Haushalte selbst erwarten, im Alter arm zu sein und ob sich diese Erwartung soweit konkretisiert, dass die Haushalte denken, in Zukunft selbst auf Grundsicherung im Alter angewiesen zu sein. Diesen Fragen wird im Folgenden anhand einer Auswertung der SAVE-Studie nachgegangen. SAVE (Sparen und AltersVorsorgE in Deutschland) ist eine seit 2001 erhobene repräsentative Längsschnittstudie, welche sich auf das Vermögen sowie das Spar- und Vorsorgeverhalten von Haushalten in Deutschland konzentriert. In SAVE 2011 wurden die Haushalte konkret nach ihren Erwartungen hinsichtlich des Bezugs von Grundsicherung im Alter gefragt. Grundsicherung im Alter wurde im Jahr 2003 als bedarfsgeprüfte Fürsorgeleistung eingeführt. Anspruch auf Grundsicherung im Alter haben Personen, die das gesetzliche Renteneintrittsalter erreicht haben und hilfebedürftig sind, also ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können.

Die Grundsicherungserwartung kann im ökonomischen Entscheidungskalkül der Individuen eine bedeutende Rolle spielen. So kann es vor allem für Bezieher niedriger Einkommen, die aufgrund geringer gesetzlicher Rentenansprüche den Grundsicherungsbezug erwarten, durchaus rational sein, nicht zusätzlich für ihr Alter vorzusorgen, da Alterseinkommen eins zu eins auf die Grundsicherung angerechnet werden. Ferner kann sich diese Erwartung auf ihr Arbeitsmarkverhalten auswirken, indem weniger gearbeitet bzw. die Rentenversicherungspflicht vermieden wird.

Die vorliegende Analyse wird sich zunächst mit der Frage beschäftigen, wie stark die Grundsicherungserwartung ausgeprägt ist und von welchen sozio-ökonomischen Eigenschaften diese Erwartung abhängt. Im zweiten Schritt wird

¹ Zum Beispiel versuchen Arent/Nagl (2010), Geyer/Steiner (2010) sowie Kumpmann et al. (2012) in Mikrosimulationsstudien die zukünftige Altersarmut abzuschätzen.

dann untersucht, ob die Gruppe, die erwartet, Grundsicherung im Alter zu beziehen, sich auch im Sparverhalten und Arbeitsmarktverhalten von der Gruppe ohne Grundsicherungserwartung unterscheidet.

Geht die Grundsicherungserwartung mit einem geringeren Altersvorsorge-sparen einher, ist dies immer dann problematisch, wenn man hinsichtlich der Grundsicherungserwartung einer Fehleinschätzung unterliegt. Denn dann kann es zu einem geringeren Auskommen im Alter im Vergleich zu einer Situation kommen, in der man diese Fehleinschätzung nicht gehabt hat. Deshalb wird untersucht, ob bei den Haushalten, die angeben, Grundsicherung im Alter zu erwarten, diese Erwartungen tatsächlich berechtigt sind. Dies geschieht, indem die Angaben zu den gesetzlichen Rentenansprüchen aus früheren SAVE-Befragungen ausgewertet werden.

Wird der Grundsicherungsbezug in bedeutendem Maße falsch eingeschätzt, muss nach den Gründen der Fehleinschätzung gefragt werden, da von diesen Gründen mögliche politische Handlungsoptionen abgeleitet werden können. Zum Beispiel können ein zu geringes Wissen über die Grundsicherung und über das Rentensystem sowie eine pessimistische Einstellung, die zu negativen – aber falschen – Erwartungen führen, die Fehleinschätzung begünstigen. Somit wird im letzten Schritt untersucht, ob die Haushalte, die mit Grundsicherung rechnen, ein geringeres Wissen und eine pessimistischere Einstellung haben als die Haushalte, die keine Grundsicherung erwarten.

Das Papier ist wie folgt gegliedert: Kapitel 2 stellt die gesetzlichen Rahmenbedingungen von Grundsicherung im Alter vor und stellt diese in Bezug zu möglichen Anreizproblemen. Dem folgt in Kapitel 3 die Datengrundlage, auf welcher die hier vorgestellten Analysen basieren. Kapitel 4 zeigt, wie verbreitet die Erwartung ist, Grundsicherung im Alter zu beziehen und inwiefern sich Haushalte mit Grundsicherungserwartung von Haushalten, die dieser Erwartung nicht unterliegen, hinsichtlich ihrer sozio-ökonomischen Merkmale unterscheiden. Kapitel 5 stellt diese Vergleiche bezüglich Sparverhalten und Arbeitsangebotsverhalten an. Das Ausmaß der Fehleinschätzungen hinsichtlich des Grundsicherungsbezugs wird in Kapitel 6 quantifiziert, während Kapitel 7 nach möglichen Gründen für Fehleinschätzungen sucht. Kapitel 8 schließt die Studie mit einem Fazit und sozialpolitischen Schlussfolgerungen ab.

2. Grundsicherung im Alter und Anzeizeffekte bedarfsgeprüfter Leistungen

Die Grundsicherung im Alter wurde im Jahr 2003 als bedarfsgeprüfte Fürsorgeleistung eingeführt. Anspruch auf Grundsicherung im Alter haben Personen, die das gesetzliche Renteneintrittsalter erreicht haben und hilfebedürftig sind, also ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen

bestreiten können. Die im Rahmen der Grundsicherung hauptsächlich gewährten Leistungen sind der Regelsatz der Sozialhilfe (zum 01. 01. 2012: 374 Euro für alleinstehende Personen) sowie angemessene Aufwendungen für Unterkunft und Heizung. Die Bedarfsprüfung erstreckt sich auf die Einkommens- und Vermögenssituation des Hilfebedürftigen und auf die Einkommens- und Vermögenssituation des im Haushalt lebenden Partners (Ehegatte, Lebenspartner oder Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft). Bei der Bestimmung der Hilfebedürftigkeit zählen als Einkommen alle zufließenden finanziellen Mittel (z. B. die gesetzliche Rente, Riester-Renten, aber auch kostenlose Unterkunft und Verpflegung). Sie werden vollständig angerechnet, die Grundsicherungsleistungen also um diese Beträge gekürzt. Ende 2011 bezogen 71 % der Empfänger von Grundsicherung im Alter anrechenbares Einkommen in Form einer Altersrente (Duschek und Lemmer, 2013). Anders als bei der Sozialhilfe wird nicht auf Eltern und Kinder zurückgegriffen, soweit deren Einkommen jeweils einen Betrag von 100.000 Euro jährlich nicht überschreitet.

Ein wichtiger Untersuchungsgegenstand zur Beurteilung von bedarfsgeprüften Leistungen ist neben der Erreichung des Primärziels, also der Vermeidung von Armut, eine Analyse von Verhaltensunterschieden, die mit einer solchen Regelung verbunden sind. Denn aus Verhaltensreaktionen können Verzerrungen im Sparverhalten und in der Folge Wohlfahrtsverluste resultieren (Feldstein, 1987). Theoretische Grundlage für die nachfolgende Analyse ist die Annahme, dass Individuen die Existenz einer bedarfsgeprüften Grundsicherung im Alter in ihrem Entscheidungskalkül berücksichtigen. Deshalb ist es für die Entscheidungen der Individuen von großer Bedeutung, ob sie den Grundsicherungsbezug für sich erwarten oder nicht. So ergibt sich die erste Forschungsfrage: *Wie groß ist die Gruppe, die Grundsicherung im Alter erwartet, und welche sozio-ökonomischen Eigenschaften hat sie?*

Theoretische Arbeiten von Hubbard et al. (1995) und Sefton et al. (2008) zeigen, dass soziale Wohlfahrtsprogramme, die einer Bedürftigkeitsprüfung auf Basis des Vermögens unterliegen, dazu führen können, dass Haushalte weniger sparen. Bedürftigkeitsprüfungen reduzieren das Sparen insbesondere von ärmeren Haushalten infolge von zwei Effekten (Feldstein, 1987). Zum einem verliert das Vorsorgesparen an Bedeutung aufgrund der Versicherungsfunktion von Sozialleistungen. Dieser Effekt ist unabhängig von der Bedürftigkeitsprüfung. Zum anderen führt die Bedürftigkeitsprüfung zu einer hohen impliziten Steuer auf Einkommen und Vermögen, sobald Ansprüche geltend gemacht werden. Auch die aktuellen Regelungen bei Grundsicherung im Alter könnten zu solchen Fehlanreizen führen. So könnte jemand deshalb nicht oder wenig sparen bzw. weniger für das Alter vorsorgen, weil er erwartet, im Alter mit seinem Einkommen nicht über das Grundsicherungsniveau hinaus zu kommen. In der Tat wäre Altersvorsorgesparen im Falle eines sicher erwarteten Grundsicherungsbezugs nicht rational im Sinne einer Nutzenmaximierung, da unter der heutigen Regelung Alterseinkommen aus privater Vorsorge in vollem Umfang

auf die Grundsicherung angerechnet werden und das Gesamteinkommen nicht erhöhen.

Des Weiteren kann ein erwarteter Grundsicherungsbezug das Arbeitsangebotsverhalten beeinflussen. So lohnt sich z. B. in der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) der Erwerb zusätzlicher Entgeltpunkte durch eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nicht, wenn die erwartete gesetzliche Rente weit unterhalb des Grundsicherungsniveaus liegt, das auch ohne Beiträge zur GRV staatlich garantiert ist. Beitragszahlungen zur GRV sind dann zu 100% Steuern und das Arbeitsangebot könnte in Richtung Teilzeitarbeit oder in Richtung nicht sozialversicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit wie Selbständigkeit, Mini-Job oder Schwarzarbeit gelenkt werden. Im Rahmen der zweiten Forschungsfrage beschäftigen wir uns deshalb damit, *ob Verhaltensunterschiede beim Sparverhalten und Arbeitsangebotsverhalten je nach der Erwartung, Grundsicherung im Alter zu beziehen, festzustellen sind.*

Da der mögliche Grundsicherungsbezug meist weit in der Zukunft liegt, besteht die Gefahr, dass die Individuen bei ihrem Kalkül einer Fehleinschätzung unterliegen. Schätzt jemand den zukünftigen Grundsicherungsbezug falsch ein und spart aufgrund des erwarteten Grundsicherungsbezugs nicht genügend, ergibt sich im Alter ein geringeres Einkommen als ohne die Fehleinschätzung. Letztlich kann jemand zwar nicht auf Grundsicherung angewiesen sein, aber aus subjektivem Empfinden trotzdem arm sein. Die Fehleinschätzung des Grundsicherungsbezugs kann auch zu einer nicht optimalen Arbeitsangebotsentscheidung führen, die dann wiederum die Altersvorsorge beeinträchtigt und zu einem geringeren Einkommen im Alter beiträgt. Daher versuchen wir in einem weiteren Schritt *Fehleinschätzer zu identifizieren*. Weiterhin werden wir *zwei mögliche Gründe für diese Fehleinschätzungen* herauszustellen.

Für Deutschland liegen im Rahmen der Grundsicherung im Alter keine belastbaren Antworten auf die oben genannten Forschungsfragen vor. Nachfolgend werden diese Fragen bearbeitet. Vorab muss einschränkend darauf hingewiesen werden, dass die Identifikation eindeutiger kausaler Effekte von Grundsicherungserwartung oder deren Fehleinschätzung auf das Spar- und Arbeitsangebotsverhalten nicht möglich ist. Das fundamentale Problem der Kausalanalyse bezieht sich auf die Tatsache, dass es sich um konterfaktische Situationen, also „Was wäre wenn“-Ergebnisse“ handelt, die naturgemäß nicht beobachtbar sind. Zur Lösung dieses Problems liegt weder eine glaubhafte Vergleichsgruppe vor, noch beobachten wir ein Experiment, welches die Grundsicherungsbezugswahrscheinlichkeit exogen und zufällig den Individuen zuweist.² Stattdessen untersuchen wir die selbsteingeschätzte Wahrscheinlichkeit von Individuen, Grundsicherung im Alter zu beziehen. Gleichwohl können die nachfolgenden

² Neumark/Powers (1998) nutzen die Variation der Vermögensgrenzen bei der Bedürftigkeitsprüfung zwischen U.S. Staaten zur Identifikation bedarfsgeprüfter Leistungen auf das Spar- und Arbeitsangebotsverhalten.

Analysen eine Auskunft darüber geben, ob die Erwartung des Grundsicherungsbezugs mit einem anderen Verhalten einhergeht. Dazu wird die Gruppe, die Grundsicherung erwartet, hinsichtlich ihrer Eigenschaften und hinsichtlich ihres Verhaltens mit der Gruppe verglichen, die für sich keine Grundsicherung erwartet.

3. Datengrundlage

Für die Analyse wird der SAVE-Datensatz verwendet. Die seit 2001 erhobene und ab 2005 auf jährlicher Basis durchgeführte SAVE-Befragung ist als Längsschnittstudie konzipiert mit dem Ziel, das Spar- und Anlageverhalten deutscher Privathaushalte zu analysieren. Sie erhebt detaillierte quantitative Informationen zu ökonomischen Variablen (wie z. B. Einkommen, Spareinlagen und Vermögenshöhe) sowie zu relevanten sozio-psychologischen Aspekten auf Basis einer repräsentativen Stichprobe.³ Als Untersuchungseinheit werden hier und im Folgenden Haushalte betrachtet, d. h. die Befragungsperson und sein Partner. Für die Analyse von erwarteter Altersarmut werden nur Haushalte herangezogen, die nicht angegeben haben, bereits Grundsicherung im Alter zu beziehen (1.560 Beobachtungen).

Der SAVE-Datensatz wurde ferner durch ein multiples Imputationsverfahren imputiert, um Verzerrungen durch Item-Nonresponse zu vermeiden.⁴ Während dies für die Kernfrage dieser Untersuchung nicht nötig war, da alle Befragten eine Einschätzung zu der Wahrscheinlichkeit, Grundsicherung im Alter zu beziehen, gegeben haben, hilft das Imputationsverfahren Verzerrungen bei anderen Variablen, insbesondere den Vermögensangaben, zu vermeiden. Alle Ergebnisse sind unter Verwendung von auf dem Mikrozensus basierenden Gewichten berechnet. Obwohl die Ergebnisse gewichtet sind, kann es sein, dass bestimmte Gruppen in den Daten nicht repräsentiert werden. Insbesondere könnten die Ergebnisse verzerrt sein, wenn Personen in den untersten (obersten) Perzentilen der Vermögensverteilung nicht befragt wurden. Das würde dazu führen, dass wir das Ausmaß von Grundsicherungserwartungen unterschätzen (überschätzen).

In SAVE 2011 wurde die Frage gestellt, mit welcher Wahrscheinlichkeit die Befragten für sich selbst und gegebenenfalls für ihren Partner erwarten, im Alter über so wenige Mittel zu verfügen, dass sie auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sein werden.⁵ Im Folgenden wird die Gruppe von Haushalten näher

³ Siehe Börsch-Supan et al. (2009) sowie Coppola/Lamla (2013) für eine ausführliche Beschreibung der SAVE-Daten.

⁴ Siehe Schunk (2008) sowie Ziegelmeier (2009; 2013) für eine ausführliche Beschreibung des Imputationsverfahrens.

⁵ Der genaue Wortlaut der Frage befindet sich im Anhang (A.1).

betrachtet, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit erwartet, Grundsicherung zu beziehen und damit erwartet, in diesem Sinne altersarm zu sein. Für die Analyse wird eine Dichotomisierung der Beobachtungen vorgenommen. Die Haushalte, die mit einer Wahrscheinlichkeit von weniger als 70% mit Grundsicherung rechnen, werden mit „GS nicht erwartet“ bezeichnet. Diejenigen Haushalte hingegen, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 70% und mehr angeben, einen Grundsicherungsbezug zu erwarten, werden mit der Bezeichnung „GS erwartet“ versehen.⁶ Eine Untersuchung auf Haushaltsebene ist sinnvoll, da das Haushaltseinkommen und -vermögen bei der Bedürftigkeitsprüfung für Grundsicherung im Alter mit einbezogen werden. Auch lässt SAVE eine Messung des Finanz- und Realvermögens auf Individualebene nicht zu.

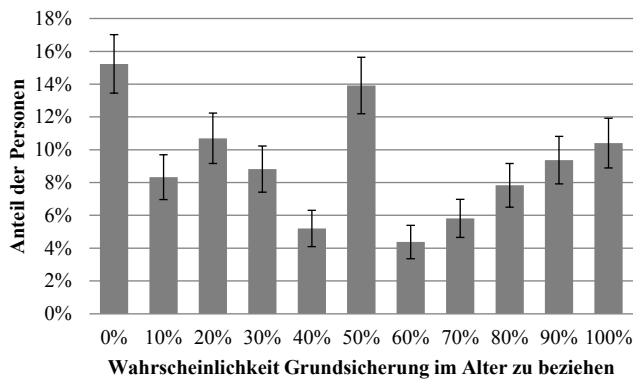
4. Erwarteter Grundsicherungsbezug

Die Auswertung der SAVE-Frage nach dem erwarteten Grundsicherungsbezug zeigt, dass ein Großteil der Befragten für sich selbst nicht erwartet, Grundsicherung im Alter zu beziehen. Der am häufigsten angegebene Wahrscheinlichkeitswert ist 0% (vgl. Grafik 1). Weiterhin gibt ein Anteil von knapp 14% an, mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% Grundsicherung im Alter zu beziehen. Dies reflektiert die Unsicherheit vieler Befragter hinsichtlich ihrer finanziellen Zukunft. Fast 35% der Befragten antworten, mit einer Wahrscheinlichkeit von 70% und mehr in Zukunft auf Grundsicherungsleistungen angewiesen zu sein. Auf Haushaltsebene, also unter Einbeziehung der Antwort für den Partner, sind es sogar 38% der Haushalte, die Grundsicherungsbezug für wahrscheinlich halten.⁷

Differenziert nach Alter wird die Wahrscheinlichkeit, Grundsicherung im Alter zu beziehen, insbesondere unter den bis 55-Jährigen als hoch angesehen (vgl. Grafik 2). Für Ältere ist zum einen der Renteneintritt zeitlich nicht mehr so weit entfernt und zum anderen liegt der Erwerbseintritt weiter zurück. Somit spielt bei den Älteren die Unsicherheit bezüglich der eigenen zukünftigen Entwicklung bei der Einschätzung eine geringere Rolle. Jüngere müssen dagegen auf Basis eines mit starker Unsicherheit behafteten Lebenseinkommens kalkulieren. Zudem sind jüngere Generationen eher von den Gründen für eine mögliche Zunahme der Altersarmut, wie z. B. unterbrochene Erwerbsbiographien, betroffen. Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen sind allerdings nicht statistisch signifikant.

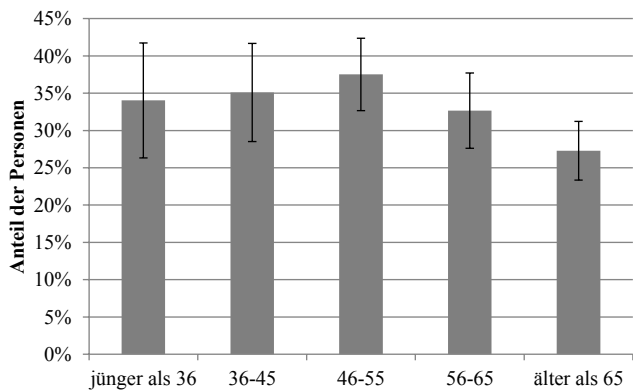
⁶ Die Aussagen ändern sich qualitativ nicht, wenn der Grenzwert auf 60% bzw. 80% verschoben wird.

⁷ Diese Definition lässt daher zu, dass die Erwartung bzgl. Grundsicherung im Alter für die Partner unterschiedlich sein könnten.



Quelle: SAVE 2011. Eigene Berechnungen.
Notiz: Ergebnisse sind gewichtet.

Grafik 1: Verteilung der persönlichen Grundsicherungserwartung



Quelle: SAVE 2011. Eigene Berechnungen.
Notiz: Ergebnisse sind gewichtet.

Grafik 2: Erwarteter Grundsicherungsbezug nach Altersklassen

Grundsicherung wird vor allem in Haushalten, in denen die Hauptbefragten weiblich sind, sowie in ostdeutschen Haushalten erwartet (vgl. Tabelle 1). Sowohl das Einkommen – gemessen als Durchschnittseinkommen der letzten fünf Jahre – als auch die Vermögenswerte sind bei den Haushalten, die Grundsicherung erwarten, geringer als bei denen, die die Wahrscheinlichkeit Grundsicherung im Alter zu beziehen, als gering einschätzen. Insoweit ergibt sich zunächst das plausible Resultat, dass Haushalte, die Grundsicherung befürchten, finanziell schlechter gestellt sind als die Vergleichsgruppe. Genauso wie das durch-

schnittliche Einkommen der letzten fünf Jahre kann man auch den Bildungsstatus als ein Maß für das permanente Einkommen verwenden (Browning und Lusardi, 1996). Zudem lässt sich Bildung als entscheidender Faktor für die Höhe der gesetzlichen Rente ausmachen (Arent/Nagl, 2012). Unter den Hauptbefragten, die Grundsicherung erwarten, ist der Anteil mit Abitur deutlich geringer und der Anteil mit Hauptschulabschluss bedeutend höher als unter denen, die keine Grundsicherung erwarten. Die empirische Evidenz zeigt auch, dass Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen weniger sparen (Browning und Lusardi, 1996), seltener „riestern“ (Börsch-Supan et al., 2012) und im Allgemeinen weniger häufig über die Altersvorsorge nachdenken (Lusardi/Mitchell, 2011). Entsprechend groß ist die Diskrepanz zwischen den beiden Gruppen beim Altersvorsorgevermögen. Hierbei handelt es sich um die Summe der angesparten Vermögen aus privater Altersvorsorge (insbesondere Riester-Verträge, Lebensversicherungen und sonstige nicht-geförderte private Vorsorgeverträgen sowie betriebliche Altersvorsorge). Haushalte, die Grundsicherung erwarten, bilden im Durchschnitt deutlich weniger Vermögen und haben daher in der Rentenphase weniger Kapital, von welchem sie zehren können. Diese Unterschiede werden nicht durch andere Vermögensarten, wie z. B. Immobilien kompensiert. Insgesamt finden wir einen sehr hohen Anteil von Haushalten, die Grundsicherungsbezug im Alter für wahrscheinlich halten. Die Grundsicherungserwartung ist in den Gruppen besonders ausgeprägt, denen man tatsächlich ein höheres Altersarmutsrisiko zuschreibt.

Tabelle 1

**Sozio-demographische Merkmale –
„GS nicht erwartet“ im Vergleich zu „GS erwartet“**

	Grundsicherung wird ...	
	nicht erwartet	erwartet
weiblich	0,508 [0,016]	0,592 [0,021]
Alter	50,873 [0,504]	49,471 [0,641]
Haushalt in Ostdeutschland	0,248 [0,014]	0,382 [0,021]
Partner lebt in Haushalt	0,656 [0,015]	0,585 [0,021]
Kinder leben in Haushalt	0,380 [0,015]	0,415 [0,021]
Hauptschule/kein Abschluss	0,293 [0,014]	0,355 [0,021]
Realschule	0,355 [0,015]	0,438 [0,021]
Abitur	0,352 [0,015]	0,207 [0,017]

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung Tabelle 1

	Grundsicherung wird ...	
	nicht erwartet	erwartet
durchschn. Einkommen (2005–2010) in €	1513,813 [25,853]	1177,418 [29,915]
Finanzvermögen (Ende 2009) in €	30580,880 [2720,315]	10853,830 [1229,741]
Realvermögen nach Abzug von Schulden (Ende 2009) in €	157813,100 [13460,490]	101636,500 [20523,240]
Altersvorsorge (Ende 2009) in €	16107,740 [1067,132]	8818,826 [947,999]
N	1021	539

Quelle: SAVE 2005–2011. Eigene Berechnungen.

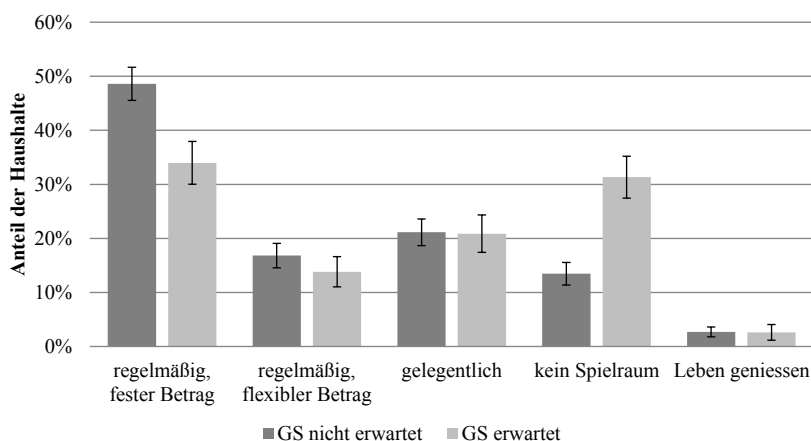
Notiz: Standardfehler in Klammern. Ergebnisse sind gewichtet.

5. Gibt es Verhaltensunterschiede je nach Grundsicherungserwartung?

Es stellt sich die Frage, ob die Personen, die Grundsicherung erwarten, im Vergleich zur Gruppe, die keine Grundsicherung erwartet, ein anderes Spar- und Arbeitsmarktverhalten aufweisen. Während ein solches „anderes Verhalten“ für diejenigen Personen, die tatsächlich Grundsicherung zu erwarten haben, rational und optimal sein kann, kann es für diejenigen, die Grundsicherung nur deshalb erwarten, weil sie einer Fehleinschätzung unterliegen, zu falschen Entscheidungen führen.

Sparverhalten

Wir haben bereits gezeigt, dass Vermögensunterschiede je nach Grundsicherungserwartung bestehen. Dies kann sowohl auf eine geringere Sparfähigkeit als auch eine geringere Sparbereitschaft derjenigen zurückzuführen sein, die es für wahrscheinlich halten, dass sie Grundsicherung beziehen werden. Wir finden, dass ein signifikant größerer Teil derjenigen, die Grundsicherung nicht erwarten, regelmäßig den gleichen Betrag spart (49% der Gruppe „GS nicht erwartet“ im Vergleich zu 34% der Gruppe „GS erwartet“). Zugleich geben 31% der Personen, die Grundsicherung erwarten, an, dass sie zum Sparen kein Geld übrig hätten. Aus der Gruppe „GS nicht erwartet“ sind dies nur 13% (vgl. Grafik 3). Dabei sind die Unterschiede nicht allein auf unterschiedliche Einkommen zurückzuführen. Teilt man die Gruppen in Einkommensquintile ein, bleibt der Unterschied zwischen den Gruppen in den jeweiligen Einkommensklassen bestehen.



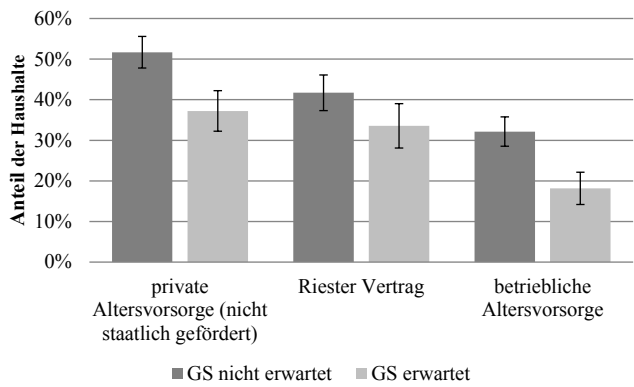
Quelle: SAVE 2011. Eigene Berechnungen.

Notiz: Ergebnisse sind gewichtet.

Grafik 3: Beschreibung des persönlichen Sparverhaltens –
„GS nicht erwartet“ im Vergleich zu „GS erwartet“

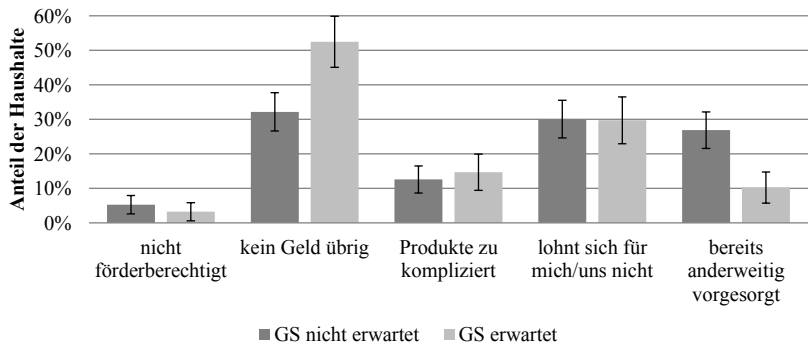
Die (empfundene) geringere Vorsorgefähigkeit bei Grundsicherungserwartung spiegelt sich auch in der Nutzung verschiedener Altersvorsorgeprodukte wider. Die Unterschiede zwischen den Gruppen bleiben über die Vorsorgearten hinweg bestehen (vgl. Grafik 4). Interessanterweise ist die Diskrepanz ausgedrückt in Prozentpunkten am geringsten bei den Riester-Verträgen, was wiederum auf die relativ starke staatliche Förderung von Niedrigeinkommensbeziehern zurückzuführen sein könnte. So zeigen Coppola und Reil-Held (2009, 17), dass der Median-Haushalt im untersten Fünftel der Einkommensverteilung überhaupt kein Finanzvermögen hat, außer der Riester-Ersparnis.

Fragt man hingegen nach den Gründen, warum die förderberechtigten Haushalte keinen Riester-Vertrag haben (vgl. Grafik 5), spielen bei der Gruppe „GS erwartet“ die mangelnden finanziellen Mittel wieder eine weit größere Rolle als bei der Gruppe „GS nicht erwartet“ (52% im Vergleich zu 32%). Zudem zeigt sich, dass der Gruppe „GS nicht erwartet“ offenbar die Altersvorsorge wichtiger ist, da fast 27% als Grund, warum kein Riester-Vertrag abgeschlossen wurde, eine bestehende anderweitige Vorsorge nennen. Bei der Gruppe „GS erwartet“ sind es nur 10%.



Quelle: SAVE 2010–2011. Eigene Berechnungen.
Notiz: Ergebnisse sind gewichtet.

Grafik 4: Private und betriebliche Altersvorsorge der Haushalte unter 65 Jahre – „GS nicht erwartet“ im Vergleich zu „GS erwartet“



Quelle: SAVE 2011. Eigene Berechnungen.
Notiz: Ergebnisse sind gewichtet. Die Stichprobe ist auf Haushalte reduziert, welche die Kriterien für Riesterförderung erfüllen und nicht bereits eine Riester-Rente abgeschlossen haben.

Grafik 5: Gründe, wieso kein Riester-Vertrag besteht – „GS nicht erwartet“ im Vergleich zu „GS erwartet“

Positiv kann gesehen werden, dass auch Haushalte, die Grundsicherung erwarten, als eines der vier Hauptsparmotive die Altersvorsorge angeben. Dies könnte so interpretiert werden, dass viele sich offensichtlich noch nicht mit dem Grundsicherungsbezug abgefunden haben, sondern die Möglichkeit sehen, durch private Altersvorsorge das Alterseinkommen aufzubessern und damit möglicherweise der Grundsicherung zu entgehen. Zugleich bewertet aber ein größerer Anteil in der Gruppe „GS nicht erwartet“ in jeder Altersklasse Alters-

vorsorge als wichtigen Spargrund – ein Hinweis auf die unterschiedliche Sparbereitschaft zwischen den Gruppen. So stimmen auch knapp 16% in der Gruppe „GS erwartet“ der Aussage in SAVE 2010 zu, es würde sich nicht lohnen, für das Alter zu sparen, da die Zukunft ohnehin unsicher sei. In der Vergleichsgruppe war der Anteil mit nur 10% signifikant geringer.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Haushalte, die den Grundsicherungsbezug mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarten, sich im Sparverhalten von denen, die keine Grundsicherung erwarten, unterscheiden. Dies bedeutet allerdings nicht, dass die Grundsicherungserwartung ein anderes Sparverhalten verursacht, es zeigt nur, dass die Grundsicherungserwartung mit einem anderen Sparverhalten einhergeht.

Arbeitsmarktverhalten

Weiterhin versuchen wir, das Arbeitsmarktverhalten der befragten Personen mit Grundsicherungserwartung zu charakterisieren. So zeigt sich, dass die Gruppe der unter 65-Jährigen, die Grundsicherung erwartet, signifikant weniger in Vollzeit arbeitet als die Gruppe „GS nicht erwartet“ (39% im Vergleich zu 52%). Dagegen ist die Nichterwerbstätigkeit bei den Haushalten mit Grundsicherungserwartung stärker ausgeprägt. Vor allem Arbeitslosigkeit ist deutlich häufiger zu beobachten (15% „GS erwartet“ im Vergleich zu 3% „GS nicht erwartet“).

Hinsichtlich des erwarteten Verbleibs auf dem Arbeitsmarkt ergeben sich vordergründig keine Unterschiede zwischen den Gruppen. Unabhängig von ihrer Erwartung über den Erhalt von Grundsicherung denken die Befragten im Durchschnitt, dass sie mit 65 Jahren in Rente gehen werden. Die Unterschiede zwischen den Gruppen bleiben insignifikant, auch wenn eine Unterteilung nach Altersklassen betrachtet wird. Die Antwort zum erwarteten Renteneintrittsalter kann jedoch von unterschiedlichen, teilweise gegenläufigen Effekten beeinflusst werden. Zum einen hat ein potentieller Grundsicherungsbezieher eher einen Anreiz, sein Arbeitsangebot einzuschränken und tendenziell früher in Rente zu gehen, weil er durch Arbeit und entsprechende Beitragszahlungen sein Alterseinkommen nicht mehr über das Niveau der Grundsicherung erhöhen kann, das auch ohne weitere Beitragszahlung staatlich garantiert ist. Dem kann jedoch entgegenstehen, dass die Eingangsvoraussetzungen für einen Frührentenbezug (z. B. 35 Versicherungsjahre) nicht erfüllt werden. Zudem ist der Bezug von Grundsicherung im Alter (ohne, dass man die gesundheitlichen Voraussetzungen für die Erwerbsminderung aufweist) nur ab dem gesetzlichen Renteneintrittsalter möglich.

Insgesamt ist bedeutend, dass es auch hinsichtlich des Arbeitsmarktverhaltens Unterschiede zwischen den beiden Gruppen gibt. Dass dieses Arbeitsmarktverhalten sowohl Folge als auch Ursache des erwarteten bzw. nicht erwarteten Grundsicherungsbezugs sein kann, liegt auf der Hand.

6. Fehleinschätzungen

Das Ergebnis eines sehr hohen Anteils von 38% der Haushalte, die Grundsicherungsbezug im Alter für sehr wahrscheinlich halten, im Vergleich zu der derzeitigen Situation (Stand 31. 12. 2012), in der nur rund 2,7% der über 65-Jährigen tatsächlich Grundsicherung beziehen, kann von unterschiedlichen Faktoren bestimmt sein. Einer dieser Faktoren könnte sein, dass die Befragten die Voraussetzungen für den Grundsicherungsbezug und die Höhe der Grundsicherungsleistungen nicht gut kennen, aber aufgrund einer relativ geringen erwarteten Rente mit Unterstützung durch den Staat rechnen. Dies könnte allerdings eine Fehleinschätzung sein. Tatsächlich sind die Voraussetzungen für den Grundsicherungsbezug recht streng. Es muss, vereinfacht gesprochen, so wenig Einkommen und Vermögen vorhanden sein, dass ein Leben auf dem Niveau des Existenzminimums nicht möglich ist. Der Staat stockt in diesen Fällen die Einkommen auf, sodass zumindest das Existenzminimum gesichert ist. Zum Stichtag 31. 12. 2011 lag der durchschnittliche Bruttobedarf für Personen im Alter ab 65 Jahren bei 698 Euro monatlich (Duschek und Lemmer, 2013). Wer also ein Alterseinkommen hat, welches dieses Niveau übersteigt, dürfte in der Regel keinen Anspruch auf Grundsicherungsleistungen haben.

Für eine Abschätzung, in welchem Ausmaß Personen, die Grundsicherung erwarten, einer Fehleinschätzung unterliegen, wird eine SAVE-Frage ausgewertet, in der Angaben zur erwarteten gesetzlichen Rente gemacht wurden. Dabei sollte der in der Renteninformation ausgewiesene Rentenbetrag angegeben werden, der sich ergibt, wenn man in allen Jahren bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter die gleichen Rentenansprüche erwirbt wie im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Die Frage wurde daher nur Personen gestellt, die sich nicht bereits in Rente befanden. Die Befragten sollten für die Angabe ihre Renteninformation zur Hilfe nehmen. Wenn dies nicht möglich war, sollten sie den Betrag schätzen. Es zeigt sich, dass über 48% derjenigen, die erwarten, auf Grundsicherung angewiesen zu sein, mit einem Renteneinkommen über 700 Euro allein aus der gesetzlichen Rente rechnen können. In der Gruppe „GS nicht erwartet“ sind es 67%.

Im Jahr 2010 wurde in SAVE direkt nach den bereits in der GRV erworbenen Rentenansprüchen in Form von Entgeltpunkten gefragt. Es geht also nicht um die bei Renteneintritt erwartete Rente, sondern um die zum Zeitpunkt der Befragung bereits bestehenden Rentenansprüche. So kann für diejenigen Personen, die bereits 27 Entgeltpunkte erworben haben mit einiger Sicherheit ausgeschlossen werden, dass sie jemals auf Grundsicherung im Alter angewiesen sein werden.⁸ Denn 27 Entgeltpunkte ergeben, bewertet mit dem aktuellen Ren-

⁸ Die einzige Voraussetzung ist, dass die durchschnittliche Rentenanpassungsrate nicht niedriger ist als die durchschnittliche Zuwachsrates des Grundsicherungsregelsatzes. Bis zum Jahr 2010 war dies per Definition erfüllt, da sich die Regelsätze nach Maßgabe

tenwert West eine Monatsrente von 758 Euro und bewertet mit dem aktuellen Rentenwert Ost von 673 Euro (Stand Frühjahr 2013). Dies sind Beträge über dem jeweiligen durchschnittlichen Grundsicherungsniveau. Die Auswertung der Angaben zu den Entgeltpunkten ergibt das erstaunliche Ergebnis, dass 50 % derjenigen Personen, die Grundsicherung erwarten, mehr als 27 Entgeltpunkte aufweisen. Knapp in der Hälfte der Haushalte, die Grundsicherung erwarten, hat der Hauptbefragte heute schon, also vor Ende seines Erwerbslebens, Rentenansprüche, die alleine mit ihrer gesetzlichen Rente das Grundsicherungsniveau übersteigen.

Unsere hier vorgestellten Abschätzungen von Fehleinschätzungen sind mit Problemen behaftet. Zum einen wird nur die gesetzliche Rente des Hauptbefragten berücksichtigt und nicht die des Partners. So kommt es zu einem Messfehler, da 35 % der Hauptbefragten, aber 38 % der Haushalte Grundsicherung erwarten. Zum anderen berücksichtigen wir weder die zukünftigen Vermögenswerte noch andere Einkünfte, die vom Grundsicherungsanspruch abgezogen werden könnten. So kommt es eventuell zu einer Unterschätzung des Ausmaßes an Fehleinschätzungen. Zudem verwenden diejenigen, die Grundsicherung erwarten signifikant weniger die Renteninformation, geben also eher eine Schätzung ab, was möglicherweise die Qualität der Antworten beeinträchtigt. Bei der Frage nach den Entgeltpunkten ist ferner nicht bekannt, inwieweit zur Beantwortung die Renteninformation herangezogen wurde.

Bei allen Problemen, mit denen die Fragen zu den Rentenansprüchen behaftet sind, scheint das Ausmaß der Fehleinschätzung des Grundsicherungsbezugs und damit eine Fehleinschätzung hinsichtlich der eigenen Bedürftigkeit im Alter recht hoch zu sein. Der Anteil der Personen, die für sich selbst und/oder den Partner einen Grundsicherungsbezug erwarten, und die Tatsache, dass ein großer Teil dabei offenbar einer Fehleinschätzung unterliegt, sind ein Hinweis darauf, dass noch weitere Faktoren bei der Einschätzung der Wahrscheinlichkeit des Grundsicherungsbezugs eine Rolle spielen müssen.

der Rentenanpassungsrate entwickelten. Seit 2011 werden die Regelsätze nach dem Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz alle fünf Jahre festgelegt. Grundlage ist dabei die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Zwischen den Festsetzungsterminen wird für die Dynamisierung der Sätze ein Mischindex, der zu 70 % die bundesdurchschnittlichen Entwicklung der Preise für regelbedarfsrelevante Güter und Dienstleistungen und zu 30 % die bundesdurchschnittliche Entwicklung der Nettolöhne und -gehälter je beschäftigtem Arbeitnehmer nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung berücksichtigt, zugrunde gelegt. Damit ist zwar nicht ausgeschlossen, dass das Grundsicherungsniveau stärker steigt als die Renten, große Abweichung der Zuwachsraten dürfte es jedoch nicht geben, da sich auch die Rentenentwicklung an den Löhnen orientiert und z. B. von Beitragssatzerhöhungen in der GRV gedämpft werden, die sich aber auch auf das Nettoeinkommen der Arbeitnehmer auswirken.

7. Mögliche Gründe für Fehleinschätzungen

Es stellt sich die Frage, wodurch Fehleinschätzungen begünstigt werden. Nachfolgend werden zwei mögliche Gründe für Fehleinschätzungen, ein mangelndes Wissen über das Grundsicherungssystem sowie Pessimismus diskutiert.

Wissen

Wie oben bereits beschrieben, können Fehleinschätzungen aus einem mangelnden Wissen über die Grundsicherungsvoraussetzungen resultieren. Tatsächlich hat die Gruppe „GS erwartet“ ein geringeres Wissen über das Rentensystem. Dies legt wiederum die Vermutung nahe, dass diese Gruppe auch weniger über das Grundsicherungssystem weiß und es deshalb zu diesen Fehleinschätzungen kommt.⁹

Im Rahmen eines Moduls zu Finanzwissen in SAVE 2009 wurden die Haushalte gefragt, wofür die Beiträge zur GRV verwendet werden und wie hoch der aktuelle Beitragssatz der GRV sei (vgl. Tabelle 2). Die Frage nach der Verwendung der Beiträge zur GRV beantworten 50% in der Gruppe, die Grundsicherung nicht erwartet, richtig, nämlich mit „für die heutigen Rentner“. Aus der Gruppe „GS erwartet“ geben nur 43% die richtige Antwort. Der Rest

Tabelle 2

Wissen über die Gesetzliche Rentenversicherung –
„GS nicht erwartet“ im Vergleich zu „GS erwartet“

	Grundsicherung wird ...	
	nicht erwartet	erwartet
Verwendung der Beiträge korrekt benannt	0,499 [0,016]	0,434 [0,021]
Beitragssatz zur GRV korrekt geschätzt	0,293 [0,014]	0,199 [0,017]
keine Angabe zum Beitragssatz der GRV	0,358 [0,015]	0,463 [0,021]
N	1021	539

Quelle: SAVE 2009, 2011. Eigene Berechnungen.
Notiz: Standardfehler in Klammern. Ergebnisse sind gewichtet.

⁹ Tatsächlich bauen die in diesem Papier vorgestellten Überlegungen darauf auf, dass Individuen die Existenz von Grundsicherung im Alter bei ihren Entscheidungen berücksichtigen. Wenn aber das Wissen über das Rentensystem und das Grundsicherungssystem stark fehlerhaft ist, kann es sein, dass diese grundsätzliche Überlegung nicht angemessen ist und die beobachteten Verhaltensunterschiede durch andere Faktoren getrieben werden.

meint, dass die heutigen Beiträge ganz oder teilweise für die zukünftigen Rentnergenerationen genutzt werden. Auch die Höhe des Beitragssatzes der GRV können diejenigen, die Grundsicherung erwarten, schlechter einschätzen. Insbesondere fühlt sich ein hoher Anteil dieses Personenkreises nicht in der Lage, eine Schätzung zum Beitragssatz abzugeben.

Pessimismus

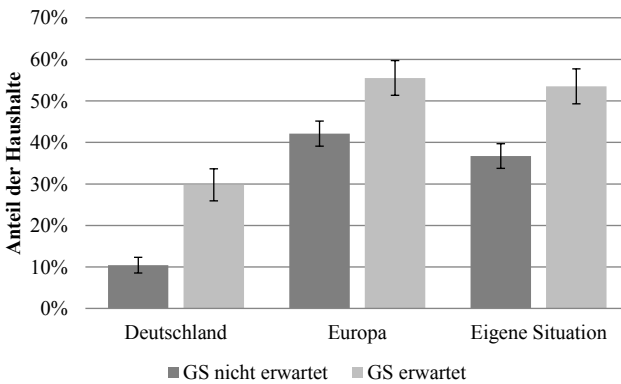
Weiterhin könnte ein genereller Pessimismus die Erwartung des Grundsicherungsbezugs begünstigen. Dabei kann der Pessimismus ganz unterschiedliche Ausprägungen haben. Dies kann genereller Pessimismus bezüglich des Rentensystems sein („wir kriegen sowieso nichts aus der Rentenversicherung raus“). Es kann sich auch um Pessimismus hinsichtlich der eigenen Lebenssituation oder hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung handeln.

Eine (ökonomische) Messung des psychologischen Merkmals Pessimismus ist in Haushaltsbefragungen nur schwer zu erreichen (Kemper et al., 2012). Wir stellen daher verschiedene Maße dar. Beispielsweise mussten die SAVE-Befragten in 2007 auf einer Skala von 0 bis 10 angeben, ob sie sich selbst als Optimist bezeichnen würden.¹⁰ Während 64% derjenigen, die keine Grundsicherung erwarten, dieser Aussage eher zustimmen würden, sind es nur 52% der Befragten mit Grundsicherungserwartung.

Einen aktuelleren, weiteren Hinweis auf die pessimistische bzw. optimistische Einstellung der Menschen können die SAVE-Fragen nach den Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung in Deutschland, Europa und hinsichtlich der eigenen Situation liefern.¹¹ Hier stellen wir fest, dass die Erwartungen der Gruppe „GS erwartet“ hinsichtlich der Zukunft durchweg schlechter sind als die Erwartungen derjenigen, die nicht von Grundsicherungsbezug ausgehen (vgl. Grafik 6). Während negative Erwartungen hinsichtlich der eigenen Situation bei der Gruppe „GS erwartet“ plausibel sind und nicht unbedingt auf einen generellen Pessimismus hindeuten, ist dies bei der Interpretation der signifikant schlechteren Erwartungen dieser Gruppe hinsichtlich der generellen Entwicklung in Deutschland und Europa anders. Hier kann eine pessimistische Einstellung durchaus eine Rolle spielen.

¹⁰ Hier steht 0 für „Ich stimme überhaupt nicht zu“ und 10 für „Ich stimme voll und ganz zu“. Wir gehen ab einer Angabe von 7 und mehr davon aus, dass die Befragten eher zustimmen.

¹¹ Schreier/Carver (1985) definieren Pessimismus als negative Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse.

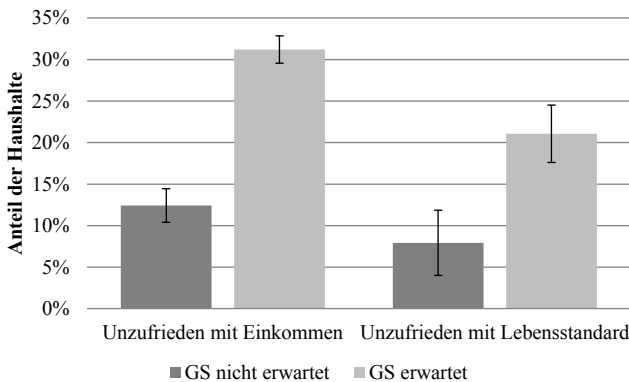


Quelle: SAVE 2011. Eigene Berechnungen.

Notiz: Ergebnisse sind gewichtet.

Grafik 6: Negative Einschätzung bzgl. zukünftiger Entwicklungen – „GS nicht erwartet“ im Vergleich zu „GS erwartet“

Ein weiteres Indiz für eine pessimistische Einstellung könnte die Beantwortung der SAVE-Frage nach der Zufriedenheit mit dem eigenen Einkommen und mit dem eigenen Lebensstandard sein (vgl. Grafik 7). So ist bekannt, dass ein höheres Maß an Optimismus mit einem subjektiv höheren Wohlbefinden einhergeht, auch nachdem für vorherige Lebenszufriedenheit kontrolliert wurde



Quelle: SAVE 2011. Eigene Berechnungen.

Notiz: Ergebnisse sind gewichtet.

Grafik 7: Unzufriedenheit mit dem Einkommen sowie Unzufriedenheit mit dem Lebensstandard – „GS nicht erwartet“ im Vergleich zu „GS erwartet“

(Carver et al., 2010). Tatsächlich sind 31 % der Gruppe „GS erwartet“ mit ihrer Einkommenssituation unzufrieden im Vergleich zu 12 % der Gruppe „GS nicht erwartet“. Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard sind es 21 % im Vergleich zu 8 %.

Ein immer häufiger genutztes Maß für Pessimismus bzw. Optimismus ist die subjektive Lebenserwartung (Puri/Robinson, 2007). In SAVE 2010 wurden die Befragten nach der durchschnittlichen Lebenserwartung von Menschen ihrer Kohorte und ihres Geschlechts gefragt und sollten im Verhältnis dazu ihre eigene Lebenserwartung unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Situation und ihres Gesundheitszustands angeben. Während 17 % der Gruppe „GS nicht erwartet“ glaubt, kürzer zu leben als der Durchschnitt ist der Anteil bei der Gruppe „GS erwartet“ mit über 25 % signifikant höher. Dabei unterscheidet sich aber der Anteil derjenigen mit langwierigen Gesundheitsproblemen zwischen den beiden Gruppen nicht. Dies kann als weiterer Hinweis auf einen allgemeinen Pessimismus in der Gruppe „GS erwartet“ gesehen werden.

8. Fazit und sozialpolitische Schlussfolgerungen

Die Analyse hat gezeigt, dass mit 38 % ein sehr hoher Anteil der Haushalte den Bezug von Grundsicherung im Alter erwartet. Grundsicherung im Alter wird eher von Frauen, Menschen in Ostdeutschland und von Haushalten mit geringem Einkommen und Vermögen erwartet. Somit befürchten diejenigen Haushalte, Grundsicherung im Alter zu beziehen, denen man gemeinhin ein höheres Altersarmutsrisiko zuschreibt.

Soweit die Individuen bei ihren ökonomischen Entscheidungen die Existenz einer Grundsicherung in ihr Kalkül mit einbeziehen, müssten sie ein anderes ökonomisches Verhalten an den Tag legen. Tatsächlich lässt sich feststellen, dass die Gruppe, die Grundsicherung erwartet, sich im Sparverhalten und im Arbeitsmarktverhalten signifikant von der Gruppe unterscheidet, die keine Grundsicherung im Alter erwartet. Haushalte der Gruppe „Grundsicherung erwartet“ haben eine geringere Sparneigung und sorgen weniger für ihr Alter vor. Sie sind im Durchschnitt weniger vollzeitbeschäftigt. Nicht-Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit sind ebenfalls stärker ausgeprägt.

Geringere Altersvorsorge in der Erwartung Grundsicherung im Alter zu beziehen, kann durchaus rational sein, da alle Alterseinkommen eins zu eins bei der Grundsicherung angerechnet werden. Problematisch ist dieses Kalkül jedoch, wenn man hinsichtlich des Grundsicherungsbezugs einer Fehleinschätzung unterliegt. Personen bzw. Haushalte mit einer solchen Fehleinschätzung könnten sich so verhalten wie die tatsächlichen künftigen Grundsicherungsbezieher und somit falsche Entscheidungen hinsichtlich des Altersvorsorgesparsens und Arbeitsangebots treffen. Dies kann letztlich dazu führen, dass sich ihre

falsche Erwartung zwar nicht erfüllt, aber jedoch dahingehend realisiert, dass sie im Alter ein schlechteres Auskommen haben, als sie es hätten, wenn sie der Fehleinschätzung nicht unterlegen wären. Tatsächlich zeigen unsere Auswertungen der SAVE-Daten, dass ein sehr großer Teil der Haushalte, die Grundsicherung erwarten, mit großer Wahrscheinlichkeit eine gesetzliche Rente über dem Grundsicherungsniveau haben wird.

Als ein Grund für diese Fehleinschätzungen kommt zum einen ein geringes Wissen in Frage. So können wir feststellen, dass die Gruppe, die Grundsicherung erwartet, ein signifikant geringeres Wissen über die GRV aufweist. Zum anderen kann eine Erklärung für die Fehleinschätzung in einer pessimistischen Einstellung liegen. Alle hier verwendeten Indikatoren für Pessimismus zeigen, dass die Gruppe, die Grundsicherung im Alter erwartet, pessimistischer ist als die Gruppe, die keine Grundsicherung erwartet.

Die Ergebnisse zeigen, dass sozialpolitisch nicht nur bei der direkten Bekämpfung der Altersarmut angesetzt werden muss, sondern, dass auch einer falschen Grundsicherungserwartung begegnet werden muss. Fehleinschätzungen aufgrund von mangelndem Wissen über das Rentensystem und das Grundsicherungssystem können am besten durch Informationen und Aufklärung vermieden werden. Dazu gehört eine objektive Berichterstattung in den Medien, Aufklärung über die Höhe der Grundsicherung sowie über die Höhe der gesetzlichen Rente. Hier wird mit der Renteninformation bereits der richtige Weg beschritten. Zu prüfen wäre, ob zusätzliche Informationen bereitgestellt werden sollten, z. B. wie sich die bereits erworbenen Rentenansprüche im Vergleich zum durchschnittlichen Niveau der Grundsicherung verhalten. Dies würde Auskunft darüber geben, ob jemand schon allein aufgrund der gesetzlichen Rente keinen Grundsicherungsanspruch hat. Dies kann zum einen die gewünschte Wirkung haben und Fehleinschätzungen entgegenwirken. Zum anderen besteht aber die Gefahr, dass diejenigen, die noch weit vom Grundsicherungsniveau entfernt sind, ihre Anstrengungen sowohl hinsichtlich Altersvorsorge als auch hinsichtlich des Arbeitsangebots vermindern. Dem Pessimismus dürfte dagegen schwieriger zu begegnen sein. Hier muss Vertrauen in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Allgemeinen und das Rentensystem im Besonderen geschaffen werden.

Literatur

- Arent, S./Nagel, W. (2010): A Fragile Pillar: Statutory Pensions and the Risk of Old-Age Poverty in Germany, *Finanz Archiv* 66 (4), 419–41.
- Börsch-Supan, A./Gasche, M./Lamla, B. (2013): Anmerkungen zur Diskussion über Altersarmut, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 63 (4/5), 23–9.
- Börsch-Supan, A./Coppola, M. /Reil-Held, A. (2012): Riester Pensions in Germany. Design, Dynamics, Targeting Success and Crowding-in, NBER Working Paper 18014.
- Börsch-Supan, A./Coppola, M./Essig, L./Eymann, A./Schunk, D. (2009): The German SAVE Study. Design and Results, Mannheim Research Institute for the Economics of Aging Study No. 6, Mannheim.
- Browning, M./Lusardi, A. (1996): Household Saving: Micro Theories and Micro Facts, *Journal of Economic Literature* 34 (4), 1797–1855.
- Carver, C./Schreier, M./Segerstrom, S. (2010): Optimism, *Clinical Psychology Review* 30, 879–89.
- Coppola, M./Reil-Held, A. (2009): Dynamik der Riester-Rente. Ergebnisse aus SAVE 2003 bis 2008, MEA Discussion Paper 195–2009.
- Coppola, M./Lamla, B. (2013): Saving and Old Age Provision in Germany (SAVE). Design and Enhancements, *Schmollers Jahrbuch – Journal of Applied Social Science Studies* 133 (1), 109–16.
- Duschek, K./Lemmer, A. (2013): Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2011, *Wirtschaft und Statistik* 2, 244–57.
- Feldstein, M. S. (1987): Should Social Security Benefits Be Means Tested?, *Journal of Political Economy* 95 (3), 468–84.
- Geyer, J./Steiner, V. (2010): Erwerbskarrieren in Ostdeutschland – 20 Jahre nach der Deutschen Einheit und darüber hinaus, *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 43 (2), 169–90.
- Hubbard, R. G./Skinner, J./Zeldes, S. P. (1995): Precautionary Saving and Social Insurance, *Journal of Political Economy* 103 (2), 360–99.
- Kemper, C./Beierlein, C./Kovaleva, A./Rammstedt, B. (2012): Eine Kurzskaala zur Messung von Optimismus-Pessimismus, GESIS Working Paper 15.
- Kumpmann, I./Gühne, M./Buscher, H. S. (2012): Armut im Alter. Ursachenanalyse und eine Projektion für das Jahr 2023, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 232 (1), 61–83.
- Lusardi, A./Mitchell, O. S. (2011): Financial Literacy around the World: An Overview, *Journal of Pension Economics and Finance* 10 (4), 497–508.
- Neumark, D./Powers, E. T. (1998): The Effect of Means-Tested Income Support for the Elderly on Pre-Retirement Saving. Evidence from The SSI Program in the US, *Journal of Public Economics* 68 (2), 181–206.
- Puri, M./Robinson, D. (2007): Optimism and Economic Choice, *Journal of Financial Economics* 86 (1), 71–99.

- Schreier, M./Carver, C.* (1985): Optimism, Coping, and Health: Assessment and Implications of Generalized Outcome Expectancies, *Health Psychology* 4: 219–247.
- Schunk, D.* (2008): A Markov Chain Monte Carlo Algorithm for Multiple Imputation in Large Surveys, *Advances in Statistical Analysis* 92 (1), 101–14.
- Sefton, J./van de Ven, J./Weale, M.* (2008): Means Testing Retirement Benefits: Fostering Equity or Discouraging Savings?, *Economic Journal* 118 (528), 556–590.
- Statistisches Bundesamt* (2012): Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/LebensbedingungenArmutsgefahr/Tabellen/EUArmutsschwelleGefahrung_SILC.html (accessed November 15, 2012).
- Statistisches Bundesamt* (2013): Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Sozialhilfe/Grundsicherung/Tabellen/4_Empf_GebietGeschlInsgQuoteAlter.html (accessed November 29, 2013).
- Ziegelmeyer, M.* (2009): Documentation of the logical imputation using the panel structure of the 2003 – 2008 German SAVE Survey, MEA Discussion Paper 173–2009.
- Ziegelmeyer, M.* (2013): Illuminate the Unknown. Evaluation of Imputation Procedures Based on the SAVE Survey, *Advances in Statistical Analysis* 97, 49–76.

Anhang

A.1. Wortlaut der Frage zu erwartetem Grundsicherungsbezug

**33. Wenn Sie einmal alle Ihre (zukünftigen) Alterseinkommen und Ihr Vermögen berücksichtigen:
Wie hoch schätzen Sie das Risiko ein, in Zukunft auf Grundsicherung im Alter angewiesen zu sein?**
*Grundsicherung im Alter erhalten Personen ab 65 Jahren mit geringem Haushaltseinkommen und Vermögen.
Bitte beantworten Sie die Frage auch, wenn Sie und/oder Ihr(e) Partner(in) sich im Ruhestand befinden*

*trifft nicht zu,
Grundsicherung
wird bereits
bezogen*

	<i>ganz und gar unwahrscheinlich</i>		<i>ganz und gar wahrscheinlich</i>	
Sie selbst.....	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐	0% 10% 20% 30% 40% 50% 60% 70% 80% 90% 100%	☐	☐
Ihr(e) Partner(in).....	☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐	0% 10% 20% 30% 40% 50% 60% 70% 80% 90% 100%	☐	☐

Quelle: SAVE 2011. Fragebogen verfügbar unter www.mea.mpisoc.mpg.de.

